



Niederschrift

Sitzung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Sitzungstermin:	Montag, 02.03.2026
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	22:31 Uhr
Raum, Ort:	Bürgerschaftssaal des Rathauses, Markt, 17489 Greifswald

Anwesend

Vorsitz

Prof. Dr. Madeleine Tolani

Mitglied

Dr. Andreas Kerath

Dr. Anke Hahnenkamp

Shady Al-Khoury

Johannes Barsch

Yannick Elias Bauer

Stephan Bucars

bis TOP 8 (öffentlicher Teil)

Ulf Burmeister

bis TOP 11 (öffentlicher Teil)

Camille Damm

Bernd Fleischmann

Robert Gabel

Tobias Gehrke

Yvonne Görs

Torsten Heil

ab TOP 2 (öffentlicher Teil)

Hennis Herbst

Tobias Herkules

Axel Hochschild

Katharina Horn

Anja Hübner

Antonia Linea Huhn

bis TOP 10.19 (öffentlicher Teil)

Jörg König

Nikolaus Kramer

bis TOP 10.19 (öffentlicher Teil)

Jörg-Uwe Krüger

Franziska Leesch

Jürgen Liedtke

Dr. Thomas Meyer

Marian Alfred Moscinski

Prof. Dr. Markus Münzenberg

Gerd-Martin Rappen

Stephan J. Reuken

bis TOP 8 (öffentlicher Teil)

Susanne Schmidt

Dr. Mignon Schwenke

Lea Alexandra Siewert

Sophie Tieding

Dr. Jörg Valentin

Erik von Malottki

Prof. Dr. Felix von Podewils

Luis Weber

bis TOP 10.28 (öffentlicher Teil)

Andreas Winter

Kira Wisnewski

Dr. Monique Wölk

Grit Wuschek

ab TOP 6 (öffentlicher Teil) bis TOP 8
(öffentlicher Teil)

Ingo Ziola

Protokollführung

Sarah Wiesenberg

Verwaltung

Dr. Stefan Fassbinder

Oberbürgermeister, Dezernent für Innere Verwaltung,
Bildung, Kultur und Sport

Achim Lerm

Dezernent für Bauwesen, Umwelt, Bürgerservice und
Brandschutz, 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.12.2025
- 4 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/Einwohnerinnen
- 5 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
- 6 Mitteilungen der Präsidentin unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern
- 7 Aktuelle Stunde zum Thema "Droht der Ernst-Moritz-Arndt-Universität ein finanzieller Notstand?"
beantragt von der Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratische Konservative
- 8 Wahl des 2. Vizepräsidenten/der 2. Vizepräsidentin der Bürgerschaft
- 9 Beschlusskontrolle
- 9.1 Grundsatzbeschluss: Mein Greifswald 2030, was bewegt mich? - Ein Zukunftsrat für Greifswald BV-V/08/0089-01
- 10 Beratung der Beschlussvorlagen
- 10.1 Besetzungen und Zuteilungen
- 10.1.1 Zuteilung der Sitze des Aufsichtsrates der Witeno GmbH BV-P-ö/08/0197
Die Präsidentin der Bürgerschaft
- 10.2 Widerspruch des Oberbürgermeisters gegen den Beschluss "Parksituation in der Mühlenstraße so verträglich wie möglich ausgestalten" (BV-P-ö/08/0167-04) BV-P-ö/08/0187-01
Die Präsidentin der Bürgerschaft
neue Version am 25.02.2026
- 10.3 4. Änderung der Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald - Umsetzung des Beschlusses BV-V/08/0170-07 zu Kürzungen bei Aufwandsentschädigungen und Fraktionszuwendungen BV-V/08/0260-04
neue Version am 02.03.2026

10.3.1	Änderungsantrag zu: 4. Änderung der Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald - Umsetzung des Beschlusses BV-V/08/0170-07 zu Kürzungen bei Aufwandsentschädigungen und Fraktionszuwendungen Antrag zur Vorlage BV-V/08/0260 Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	BV-V/08/0260-03
10.4	Neufassung der Satzung des Frauenbeirats	BV-V/08/0258-01
10.5	Annahme einer Spende für die Kita "Zwergenland"	BV-V/08/0249
10.6	Wirtschaftsplan 2026 Hanse-Kinder	BV-V/08/0247
10.7	Wirtschaftsplan 2026 des Eigenbetriebes Seesportzentrum GREIF	BV-V/08/0256
10.7.1	Änderungsantrag zu: Wirtschaftsplan 2026 des Eigenbetriebes Seesportzentrum GREIF Antrag zur Vorlage BV-V/08/0256 Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	BV-V/08/0256-01
10.8	Abberufung Betriebsleitung Eigenbetrieb Seesportzentrum GREIF (SZG)	BV-V/08/0264
10.9	Bestellung einer Betriebsleitung für den Eigenbetrieb Seesportzentrum GREIF	BV-V/08/0268
10.10	Abrechnung der Zuwendung an die SPD-Fraktion für die erste Abrechnungsperiode des Haushaltsjahres 2024 (Wahlperiode 2019-2024)	BV-V/08/0259-02
10.10.1	Änderungsantrag zu: Abrechnung der Zuwendung an die SPD-Fraktion für die erste Abrechnungsperiode des Haushaltsjahres 2024 (Wahlperiode 2019-2024) Antrag zu BV-V/08/0259	BV-V/08/0259-01
10.11	Wahl zum stellvertretenden Gemeindegewahlleiter der Universitäts- und Hansestadt Greifswald	BV-V/08/0265
10.12	Prüfbericht und Prüfvermerk des Jahresabschlusses 2023 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald	BV-V/08/0252-01
10.13	Jahresabschluss 2023 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald	BV-V/08/0250
10.14	34. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Aufstellungsbeschluss	BV-V/08/0237
10.15	Überplanmäßige Ausgabe Seehafen Ladebow neue Version am 24.02.2026	BV-V/08/0253-01
10.16	Greifswald stark & solidarisch - Grundsteuer C Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI	BV-P-ö/08/0183-01
10.17	Greifswalder Klimaschutzziele realistisch anpassen CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald	BV-P-ö/08/0185

- | | | |
|---------|--|-------------------|
| 10.17.1 | <p>Änderungsantrag zu: Greifswalder Klimaschutzziele
realistisch anpassen
Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0185
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke</p> | BV-P-ö/08/0185-02 |
| 10.18 | <p>Aufhebung verbindlicher und zielgerichteter
Klimaneutralitätsvorgaben
AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft</p> | BV-P-ö/08/0194 |
| 10.19 | <p>Flankierende Maßnahmen zur Kommunalen Wärmeplanung
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

<i>neue Version am 02.03.2026</i></p> | BV-P-ö/08/0193-02 |
| 10.20 | <p>Öltanker "Eventin" vor Rügen: Gefahr für Fischerei und
Tourismus!
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion Alternative
Liste*Tierschutz*PARTEI</p> | BV-P-ö/08/0191-01 |
| 10.21 | <p>Schutz der Trinkwasserversorgung
Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative</p> | BV-P-ö/08/0198 |
| 10.22 | <p>Prüfauftrag zur besseren Nutzung bestehender Gebäude
und Flächen sowie für Neubauvorhaben im Wohnungsbau
Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative</p> | BV-P-ö/08/0186-01 |
| 10.23 | <p>Bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende im
Zusammenhang mit dem Neubau des Regionalen
Beruflichen Bildungszentrums (RBB)
Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke</p> | BV-P-ö/08/0190-03 |
| 10.23.1 | <p>Änderungsantrag zu: Bezahlbarer Wohnraum für
Auszubildende im Zusammenhang mit dem Neubau des
Regionalen Beruflichen Bildungszentrums (RBB)
Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0190
CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald</p> | BV-P-ö/08/0190-02 |
| 10.24 | <p>Bezahlkarte für Bürgerschaftsmitglieder - Schluss mit der
Zweckentfremdung von Aufwandsentschädigungen
Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI</p> | BV-P-ö/08/0188-01 |
| 10.25 | <p>Denkmal zu Ehren von Ernst Moritz Arndt
AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft</p> | BV-P-ö/08/0189 |
| 10.26 | <p>Würdiges Gedenken an Ernst Moritz Arndt
CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald</p> | BV-P-ö/08/0196 |
| 10.27 | <p>Umfassendes und ganzheitliches Gedenken an historische
Persönlichkeiten Greifswalds
Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke</p> | BV-P-ö/08/0201 |
| 10.28 | <p>Stopp und erneute Prüfung des Wanderweg-Projekts an der
Dänischen Wiek
Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative</p> | BV-P-ö/08/0192-01 |
| 10.29 | <p>Mehr Handlungsfreiheit für Kommunen bei
Alkoholverbotszonen
CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald</p> | BV-P-ö/08/0200 |

10.30 Nachtragssatzung zum Doppelhaushalt 2025/2026 zur
Haushaltssatzung 2026
neue Version am 25.02.2026

BV-V/08/0257-02

11 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der
Bürgerschaft

12 Ende der Sitzung

Nichtöffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit
der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.12.2025

4 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des
Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

5 Mitteilungen der Präsidentin

6 Beschlusskontrolle

7 Beratung der Beschlussvorlagen

8 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der
Bürgerschaft

9 Ende der Sitzung

Protokoll

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die Präsidentin der Bürgerschaft

- . eröffnet die öffentliche Sitzung.
- . stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.
- . gibt einige Hinweise zum Livestream, zur Speicherung der Aufnahme, zur Möglichkeit des Widerspruchs der eigenen Aufnahme, zur Löschung sowie zum Verbot der Replizierung. Einen Widerspruch gegen die eigene Aufnahme gibt es auf Nachfrage nicht.
- . informiert über die anwesenden Medienvertretenden.
- . ehrt aufgrund der Niederlegung ihres Mandats das jahrzehntelange Engagement von Frau Birgit Socher. Sie sei seit Gründung der Bürgerschaft 1990 u. a. als 1. Vizepräsidentin, Präsidentin der Bürgerschaft, Fraktionsvorsitzende und Alterspräsidentin tätig gewesen.
- . wünscht ihr weiterhin alles Gute.

Frau Socher

- . sagt, dass ihr die Mandatsniederlegung nicht leichtgefallen sei, ihr aber die guten Nachwuchskräfte die Entscheidung vereinfacht hätten.
- . bedankt sich bei der Verwaltung und insbesondere der Kanzlei der Bürgerschaft für die jahrelange gute Zusammenarbeit.

Frau Dr. Schwenke

- . bedankt sich bei Frau Socher für ihr Engagement, welches in der Kommunalpolitik Spuren hinterlasse.
- . würdigt ihr parteiübergreifend ausgleichendes und stets respektvolles Verhalten und ihr fortwährendes Wirken im Sinne der Bevölkerung.

Frau Prof. Dr. Tolani

- . weist darauf hin, dass Herr Dr. Meyer nun die Alterspräsidentenschaft von Frau Socher übernehme und das einzige Mitglied sei, welches seit der Konstituierung der Bürgerschaft im Jahr 1990 noch in der Bürgerschaft vertreten sei.
- . begrüßt das neue Mitglied der Bürgerschaft, Frau Sophie Tieding und verpflichtet sie auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten gemäß § 28 Abs. 2 Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung - KV M-V). Frau Tieding rücke für Frau Socher in die Bürgerschaft nach.

Frau Huhn, Frau Horn, Frau Dr. Wölk, Herr Dr. Valentin, Herr Moscinski, Frau Schmidt und Frau Hübner nehmen an der Sitzung der Bürgerschaft teil.

2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Die Präsidentin der Bürgerschaft

- . ruft den Tagesordnungspunkt auf.
- . informiert über

neue Versionen

- zu TOP 10.2 „Widerspruch des Oberbürgermeisters gegen den Beschluss "Parksituation in der Mühlenstraße so verträglich wie möglich ausgestalten" (BV-P-ö/08/0167-04)“ (BV-P-ö/08/0187-01)
- zu TOP 10.3 „4. Änderung der Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald - Umsetzung des Beschlusses BV-V/08/0170-07 zu Kürzungen bei Aufwandsentschädigungen und Fraktionszuwendungen“ (BV-V/08/0260-04)
- zu TOP 10.15 „Überplanmäßige Ausgabe Seehafen Ladebow“ (BV-V/08/0253-01)
- zu TOP 10.19 „Flankierende Maßnahmen zur Kommunalen Wärmeplanung“ (BV-P-ö/08/0193-02)
- zu TOP 10.30 „Nachtragssatzung zum Doppelhaushalt 2025/2026 zur Haushaltssatzung 2026“ (BV-V/08/0257-02)

einen nachträglich eingegangenen Änderungsantrag

- zu TOP 10.7 „Änderungsantrag zu: Wirtschaftsplan 2026 des Eigenbetriebes Seesportzentrum GREIF Antrag zur Vorlage BV-V/08/0256“ (BV-V/08/0256-01)

. teilt mit, dass sich das Präsidium auf eine verbundene Aussprache zu den Tagesordnungspunkten

- 10.8 bis 10.9
- 10.12 bis 10.13
- 10.17 bis 10.18
- 10.25 bis 10.27

verständigt habe.

Herr Burmeister

. beantragt den TOP 10.4 „Neufassung der Satzung des Frauenbeirats“ (BV-V/08/0258-01) von der Tagesordnung zu streichen. Es handele sich nun um eine völlig neue Fassung der Wahlordnung, die zunächst in den Fachausschüssen beraten werden müsse.

Herr Heil nimmt an der Sitzung teil.

Frau Dr. Schwenke

. hält eine Gegenrede zum Geschäftsordnungsantrag von Herrn Burmeister und teilt mit, dass im Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport, Inklusion, Integration, Gleichstellung und Wohnen ausführlich über den ersten Entwurf der Satzung sowie über die Änderungswünsche gesprochen worden sei. Dabei sei vereinbart worden, dass sich die Verwaltung mit den Frauen, die sich für den Frauenbeirat stark machen, über die bestehenden Probleme verständige und diese ausräume. Dies sei erfolgt.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Burmeister abstimmen, ob die Beschlussvorlage von der Tagesordnung gestrichen werden solle.

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
22	18	1

Bei der Abstimmung hat Herr Fleischmann seine Stimme nicht abgegeben.

Herr Barsch

. kündigt an, dass sich die SPD-Mitglieder für den TOP 10.10 vom Mitwirkungsverbot betroffen sehen und daher während dessen Behandlung im Zuschauerbereich Platz nehmen werden.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
27	3	12

3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.12.2025

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es besteht kein Änderungsbedarf.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Niederschrift abstimmen.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
37	0	5

4 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/Einwohnerinnen**Herr Krüger**

. kritisiert die geplante Errichtung eines Sendemasts in der Straße „Am Bierbach“ und die damit verbundene Nähe zu den dort vorhandenen Wohnhäusern.

. befürchtet eventuelle gesundheitliche Beeinträchtigungen sowie einen eventuellen Wertverlust der sich in der Nähe befindenden Grundstücke.

Herr Riemer

. hinterfragt die starke Abholzung der Bäume an der Kreuzung Koitenhäger Straße/Puschkinring.

. macht darauf aufmerksam, dass viele öffentliche Bereiche durch den Winterdienst nicht barrierefrei geräumt worden seien.

Herr Lerm

. antwortet, dass es sich bei den Abholzungen um alte Bäume gehandelt habe. Die Stadtverwaltung habe eine Verkehrssicherungspflicht und müsse die Gefahrenabwehr sicherstellen. Eine Aufforstung im gesamten Bereich sei in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde vorgesehen.

. bittet hinsichtlich des Winterdienstes um Verständnis. Die personellen Kapazitäten der Stadt seien begrenzt. Eine barrierefreie Räumung sei nahezu unmöglich gewesen, da die Bereiche stets überfroren seien.

5 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Oberbürgermeister

. informiert, dass es in der Sitzung des Hauptausschusses am 02.02.2026 keine nichtöffentlichen Beschlüsse gegeben habe. Die Berichterstattung über die Beschlüsse der Sondersitzung am 25.02.2026 könne erst erfolgen, sobald die zwei-wöchige Widerspruchsfrist abgelaufen sei.

. teilt mit, dass das Segelschulschiff „Greif“ am 05.03.2026 zu Wasser gelassen werde. Für die Betriebsleitung sei eine Nachfolge gesucht und gefunden worden. Leider habe der potentielle Kandidat nach der Sondersitzung des Hauptausschusses abgesagt, sodass die Stelle erneut ausgeschrieben werden müsse.

. berichtet, dass vor einiger Zeit ein Förderprogramm genutzt werden sollte, um ein Begegnungszentrum in Schönwalde zu errichten. Die Programme seien Ende letzten Jahres freigegeben worden, sodass der Antrag im Dezember 2025 gestellt werden konnte. Die Aussichten seien gut; eine Zusage stehe jedoch noch aus. Geplant sei, im Sommer ein Begegnungszentrum in dem alten Gebäude der Sparkasse in der Heinrich-Hertz-Straße zu errichten.

. schildert, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie die Bundesregierung radikale Einsparungen bei Integrationskursen vorgenommen hätte und die finanziellen Mittel für ca. 50 Prozent gestrichen worden seien. Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald habe zusammen mit vielen anderen Kommunen einen Protestbrief an das Ministerium gesandt.

6 Mitteilungen der Präsidentin unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern

Die Präsidentin der Bürgerschaft

. ruft den Tagesordnungspunkt auf.

. informiert über die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse der letzten Sitzung der Bürgerschaft. Die Übersicht wird als Anlage dem Tagesordnungspunkt beigelegt.

. berichtet über das Greifswalder Neujahrsleuchten und die Eröffnung der Galerie der Romantik, die seit der letzten Sitzung der Bürgerschaft stattgefunden hätten.

. bedankt sich ausdrücklich bei allen Beteiligten sowie bei den Mitarbeitenden, die unermüdlich für den Winterdienst Sorge getragen hätten.

. geht auf ihre Bürgersprechstunde am 26.02.2026 in Eldena ein und teilt mit, dass die nächste Sprechstunde am 07.05.2026 in der Stadtrandsiedlung stattfinden werde.

. weist auf die alljährliche Aktion „Greifswald räumt auf“ am 28.03.2026 hin.

- . verkündet, dass Herr Bernd Lieschefsky als langjähriger Vorsitzender der Ortsteilvertretung Wieck und Ladebow zurückgetreten sei. Er habe sich besonders für den Hafen und die denkmalgeschützte Siedlung in Ladebow eingesetzt.
- . wünscht ihm alles Gute.
- . verabschiedet sich von der 2. Vizepräsidentin, Frau Kira Wisnewski, die ebenfalls von ihrem Amt zurückgetreten sei.
- . bedankt sich für ihre langjährige Unterstützung im Präsidium und die Einbringung neuer Sichtweisen in formale Debatten.

Frau Wuschek nimmt an der Sitzung teil.

Anlage 1 Beschlussliste der nichtöffentlichen Sitzung der Bürgerschaft am 08.12.2025 öffentlich

7 Aktuelle Stunde zum Thema "Droht der Ernst-Moritz-Arndt-Universität ein finanzieller Notstand?"

Die Präsidentin der Bürgerschaft

- . ruft den Tagesordnungspunkt auf.
- . begrüßt die Rektorin der Universität Greifswald, Frau Prof. Dr. Katharina Riedel und kündigt an, nach der Einbringung das Rederecht für sie zu beantragen.

Herr Hochschild

- . führt in die Thematik der Aktuellen Stunde ein. Anlass der Aktuellen Stunde seien derzeitige Berichte über eine strukturelle Haushaltslücke von ca. 5 Mio. EUR ab dem Jahr 2026 bei der Universität. Damit einhergehend seien Kürzungen in allen Bereichen in der Überlegung. Die finanziellen Spielräume würden sich deutlich verengen, wodurch ohne zusätzliche Mittel strukturelle Anpassungen kaum zu vermeiden seien. Es handele sich dabei nicht um ein kurzfristiges Problem, sondern diese Entwicklung zeichne sich seit mehreren Jahren ab. Die Hochschulleitung habe wiederholt darauf aufmerksam gemacht, dass die Grundfinanzierung mit der realen Kostenentwicklung nicht mithalte. Ursachen dafür seien u. a. steigende Tarifabschlüsse, höhere Energiepreise, inflationsbedingte Mehrbelastung sowie wachsende Anforderungen in Forschung, Lehre und Verwaltung.
- . hebt die Wichtigkeit der Universität für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald hervor. Aufgrund dessen könne die Bürgerschaft nicht unbeteiligt bleiben, obwohl die Sicherstellung der Finanzierung bei der Landesregierung liege.
- . appelliert an die Landesregierung, eine langfristig tragfähige, strukturelle Lösung zu finden. Ziel der Aktuellen Stunde sei es, Transparenz über die Situation herzustellen, die Bedeutung der Universität für Greifswald klar zu benennen und ein gemeinsames Signal für eine stabile und verlässliche Zukunftsperspektive zu setzen.

Frau Prof. Dr. Tolani

- . beantragt das Rederecht für die Rektorin der Universität Greifswald und lässt darüber abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
39	0	0

Bei der Abstimmung haben Frau Schmidt, Frau Wisnewski, Herr Reuken und Frau Hübner

ihre Stimme nicht abgegeben.

Frau Prof. Dr. Riedel

. bedankt sich bei der Bürgerschaft, dass diese sich der Thematik annehme.
. zeigt anhand einer Präsentation, woher das Defizit stamme, wie die Einordnung im gesamtdeutschen Vergleich ausfalle und welche Folgen, Prozesse und Maßnahmen daraus resultieren.

Die Präsentation wird dem Tagesordnungspunkt als Anlage beigefügt.

Herr Herbst

. bedankt sich für die Präsenz der Rektorin sowie die Zurverfügungstellung eines Überblicks über die aktuelle finanzielle Lage der Universität.

. weist darauf hin, dass die Finanzierung der Universität über die Landesregierung erfolge, die sich ebenfalls in einer schwierigen Finanzlage befinde.

. geht auf die Verteilung der Haushaltsmittel auf den unterschiedlichen Ebenen Bund, Land und Kommunen ein.

Aus seiner Sicht benötige die Universität eine stärkere Lobby, damit sie eine angemessene Grundfinanzierung erhalte.

Die Stadt könne u. a. durch bezahlbaren Wohnraum, eine lebendige Kulturlandschaft und eine gute Anbindung an den ÖPNV dazu beitragen, einen attraktiven Hochschulstandort beizubehalten und die Studierendenzahl zu erhöhen.

Frau Damm

. zeigt die bisher gute Zusammenarbeit zwischen Stadt und Universität auf.

. stellt die Zuständigkeit der Bürgerschaft für diese Thematik in Frage.

Herr Prof. Dr. von Podewils

. bedankt sich für die Aufgeschlossenheit der Rektorin, die finanzielle Lage der Universität so offen darzulegen.

Der Handlungsrahmen der Bürgerschaft sei sehr gering, aber die Aktuelle Stunde zeige deutlich, wie wichtig das Thema für die Politik der Stadt sei, aber auch, dass es ein gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis zwischen Stadt und Universität gebe.

Die schwierige wirtschaftliche Situation betreffe das gesamte Bundesland. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald sei an einem Austausch mit der Universität, der Stadt und dem Land sehr interessiert.

Die Aktuelle Stunde signalisiere, dass die Bürgerschaft geschlossen hinter der Universität stehe. Ziel sollte es jedoch ausdrücklich sein, dass die Kooperation mit dem Land gesucht werde.

Herr Weber

. nennt Vorschläge, die zur Stabilisierung und Weiterentwicklung des Hochschulstandortes beitragen könnten:

- Fokussierung auf Kernbereiche der Universität
Statt ein breites und kostspieliges Portfolio an Studiengängen zu unterhalten, sollten die Prioritäten auf die Fächer konzentriert werden, in denen die Universität wissenschaftlich besonders erfolgreich sei.
- Konsequente Sicherstellung der politischen Neutralität in der studentischen Selbstverwaltung
Die Fördermittel für studentische Gremien müssten klar und nachvollziehbar an strikte Kriterien der politischen Neutralität, Inklusion und sachliche Verwendung gebunden werden. Andernfalls müssten angemessene Konsequenzen gezogen werden.

Die Bürgerschaft könne eine Resolution an das Land Mecklenburg-Vorpommern richten, die eine verlässliche und auskömmliche Grundsicherung fordere, dabei aber explizit Prioritäten auf die wissenschaftlichen Kernbereiche lege. Gleichzeitig sollte die Stadtverwaltung beauftragt werden, lokale Partnerschaften durch gemeinsame Initiativen, die den offenen

Diskurs betonen, in Wirtschaft, Kultur und Bildung mit der Universität zu intensivieren.

Herr Dr. Meyer

. ist der Meinung, dass die Universität auch weiterhin als Leuchtturm für die gesamte Region Vorpommern wirken sollte.

. begrüßt, dass der Grundsatz, keine Grundstücke und Gebäude der Universität zu veräußern, noch heute gelte.

Die grundsätzliche Aufgabe, die Universität auskömmlich zu finanzieren, liege beim Land.

. appelliert an die Landtagsabgeordneten, diese Problematik zu thematisieren.

Herr Heil

. sieht das Thema aufgrund des Wahlkampfjahres in der Sitzung der Bürgerschaft als gerechtfertigt an.

. ordnet das Problem in der Finanzierung ebenfalls auf der Landesebene ein. Hochschulen benötigen Verlässlichkeit, statt eines Sparzwangs. Es sei politisch nicht akzeptabel, stets neue Aufgaben zu übertragen, ohne diese vollständig zu finanzieren.

. bittet die Rektorin, mitzuteilen, wie die Bürgerschaft unterstützen könne.

Frau Prof. Dr. Riedel

. hält die Idee für gut, die Bedeutung der Universität für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald gegenüber der Landesregierung hervorzuheben. Wertschätzung komme der Universität jederzeit zugute.

Herr Dr. Valentin

. befürwortet, dass die Universität Konsolidierung als eine Maßnahme vorsehe.

Herr von Malotki

. sagt, dass die Grundfinanzierung sichergestellt werden müsse.

In einer Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Universität, internationale Beziehungen und Wissenschaft sei deutlich geworden, dass es eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Universität und Land gebe. Dennoch werde Planungssicherheit benötigt.

. spricht sich gegen Eingriffe in die Wissenschaftsfreiheit aus.

Die Stadt müsse sich für attraktive Bedingungen einsetzen.

Herr Prof. Dr. Münzenberg

. berichtet, dass in der Vergangenheit stets versucht worden sei, durch Stellenvakanzen Geld einzusparen.

. teilt mit, dass die Universität zudem großartige Drittmittel u. a. durch ihre Neuausrichtung einwerben konnte. Es gebe ein aktives Forschungsumfeld, trotz massiver Sparmaßnahmen.

Herr Burmeister

. macht darauf aufmerksam, dass es in der Vergangenheit Änderungen bei den Studiengängen durch die Landesregierung gegeben habe und dass beispielsweise das sportwissenschaftliche Institut, die Romanistik oder die Chemie abgeschafft worden seien.

. weist daraufhin, dass auf allen Ebenen finanzielle Mittel fehlen, wodurch es Aufgabe der entsprechenden Gremien sei, zu priorisieren.

Frau Wuschek

. hofft, dass die Bürgerschaft durch diese Unterstützung ein Zeichen setze.

Herr Kramer

. bedankt sich bei der Rektorin für die Einblicke.

. sieht die Ursache für die Problematik in der fehlenden Unterstützung der Landesregierung.

Die Präsidentin der Bürgerschaft

. bedankt sich bei der Rektorin der Universität Greifswald für den Redebeitrag und meint,

dass deutlich geworden sei, wie sehr die Bürgerschaft hinter der Universität stehe.

Anlage 1 TOP 7 - Präsentation der Rektorin der Universität Greifswald öffentlich

8 Wahl des 2. Vizepräsidenten/der 2. Vizepräsidentin der Bürgerschaft

Die Präsidentin der Bürgerschaft

. ruft den Tagesordnungspunkt auf.

. informiert über bereits eingegangene Vorschläge:

- Frau Dr. Anke Hahnenkamp (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Herr Jürgen Liedtke (Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratische Konservative)
- Herr Tobias Gehrke (Fraktion "Gemeinsam für Greifswald")

Der Vorschlag der AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft sei zurückgezogen worden.

. fragt, nach weiteren Vorschlägen.

Die gibt es nicht.

Frau Damm, Herr Hochschild und Herr Moscinski

. begründen die eingebrachten Vorschläge.

Es wird geheime Wahl beantragt.

Die Mitglieder des Wahlvorstandes werden gebeten, ihre Arbeit aufzunehmen. Da Herr Liedtke selbst zur Wahl stehe, werde Herr Moscinski in Vertretung gebeten, diese Aufgabe wahrzunehmen.

Die Stimmzettel werden ausgedruckt.

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge zur Stimmabgabe in der Wahlkabine auf.

Nach der Wahl gibt die Präsidentin der Bürgerschaft das Abstimmungsergebnis bekannt.

Abstimmungsergebnis:

anwesende Mitglieder der Bürgerschaft	43
abgegebene Stimmen	43
gültige Stimmen	43
davon	
abgegebene Stimmen für Frau Dr. Anke Hahnenkamp	22
abgegebene Stimmen für Herrn Tobias Gehrke	7
abgegebene Stimmen für Herrn Jürgen Liedtke	14
abgegebene Enthaltungen	0

Damit ist Frau Dr. Hahnenkamp zur 2. Vizepräsidentin der Bürgerschaft gewählt.

Sie nimmt die Wahl an.

Herr Bucars, Herr Reuken und Frau Wuschek verlassen die Sitzung der Bürgerschaft.

9 Beschlusskontrolle

keine Anmerkungen

9.1 Grundsatzbeschluss: Mein Greifswald 2030, was bewegt mich? - Ein Zukunftsrat für Greifswald BV-V/08/0089-01

keine Anmerkungen

10 Beratung der Beschlussvorlagen

10.1 Besetzungen und Zuteilungen

Die Präsidentin der Bürgerschaft

. ruft den Tagesordnungspunkt auf.
. informiert gem. § 11 der Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über folgende Veränderungen zu den bereits mitgeteilten Besetzungen:

Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Digitalisierung und öffentliche Ordnung
Heino Förste ersetze Maik Fritzke.

Rechnungsprüfungsausschuss

Sophie Tieding folge als Mitglied auf Birgit Socher.
Im gleichen Ausschuss sei nun Grit Wuschek anstatt Marco Radziwill Mitglied.

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen

Die Mitgliedschaft wechsele von Marco Radziwill auf Christiane Segeth.

Ortsteilvertretung Wieck und Ladebow

Luis Weber ersetze Stephan Bucars.

Ortsteilvertretung Schönwalde II und Groß Schönwalde

Statt Andreas Winter sei nun Monika von Palubitzki Mitglied.

AG Barrierefreie Stadt

Lutz Jesse ersetze Gernot Drewes als Mitglied.

Außerdem seien noch einige Stellvertretungen umbesetzt worden.
Die genannten Veränderungen seien bereits im Informationssystem eingearbeitet und können dort eingesehen werden.

10.1.1 Zuteilung der Sitze des Aufsichtsrates der Witeno GmbH

BV-P-ö/08/0197

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Damm

. hinterfragt die Rechtslage hinsichtlich der Gleichstellung von Fraktionen und Zählergemeinschaften.

Die Sitzung wird zur Prüfung dieser Frage für einige Minuten unterbrochen.

P A U S E

19:14 Uhr bis 19:17 Uhr

Die Präsidentin der Bürgerschaft

. teilt mit, dass sich das Präsidium darauf geeinigt habe, bei der in der Beschlussvorlage aufgeführten Vorgehensweise zu bleiben. Ihrer Auffassung nach sei §32 a KV M-V diesbezüglich eindeutig.

Der Wahlvorstand werde gebeten, die Lose zu prüfen und für das Losverfahren vorzubereiten.

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft zieht ein Los und die Präsidentin der Bürgerschaft teilt mit, dass die Zählergemeinschaft Fraktion Gemeinsam für Greifswald/FDP den Platz 4 erhalte.

Kenntnisnahme:

Die Präsidentin der Bürgerschaft teilt gemäß § 32a Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit § 11 der Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald die Sitze des Aufsichtsrates der WITENO GmbH wie folgt zu.

Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke – Platz 1
AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft – Platz 2
Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative – Platz 3
Zählergemeinschaft Fraktion Gemeinsam für Greifswald/FDP – Platz 4

Die Rückmeldefrist für die Fraktionen und die Zählergemeinschaft zur Besetzung der Sitze wird auf den 23.03.2026 gesetzt.

Ergebnis:

zur Kenntnis genommen

10.2 Widerspruch des Oberbürgermeisters gegen den Beschluss "Parksituation in der Mühlenstraße so verträglich wie möglich ausgestalten" (BV-P-ö/08/0167-04)

BV-P-ö/08/0187-01

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft

. erklärt das Vorgehen für diese Variantenabstimmung und lässt zunächst über die Punkte A) und B) abstimmen.

Aufgrund der Mehrheit für Variante A) erfolge nun eine zweite Abstimmung zwischen den Punkten aa) und bb).

Bei der ersten Variantenabstimmung zwischen den Punkten A) und B) hat Herr Fleischmann seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

A.) Auf den Widerspruch des Oberbürgermeisters vom 16.12.2025 gegen den in der Sitzung der Bürgerschaft vom 08.12.2025 gefassten Beschluss BV-P-ö/08/0167-04 hebt die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

aa) diesen Beschluss auf,

bb) Ziffer 2 dieses Beschlusses auf.

B) Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald gibt dem Widerspruch des Oberbürgermeisters vom 16.12.2025 gegen den in der Sitzung der Bürgerschaft vom 08.12.2025 gefassten Beschluss BV-P-ö/08/0167-04 nicht statt.

Ergebnis:

A)	B)	Enthaltungen
24	14	1

aa)	bb)	Enthaltungen
18	10	12

Anlage 1 Beschluss BV-P-ö/08/067-04 öffentlich

Anlage 2 Widerspruch vom 16.12.2025 öffentlich

10.3 4. Änderung der Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald - Umsetzung des Beschlusses BV-V/08/0170-07 zu Kürzungen bei Aufwandsentschädigungen und Fraktionszuwendungen

BV-V/08/0260-04

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die anliegende 4. Änderung zur Hauptsatzung.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
40	0	0

Anlage 1 4. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald öffentlich

**10.3.1 Änderungsantrag zu: 4. Änderung der Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald - Umsetzung des Beschlusses BV-V/08/0170-07 zu Kürzungen bei Aufwandsentschädigungen und Fraktionszuwendungen
Antrag zur Vorlage BV-V/08/0260**

BV-V/08/0260-03

behandelt unter TOP 10.3

Ergebnis:

vom Einbringer übernommen

10.4 Neufassung der Satzung des Frauenbeirats

BV-V/08/0258-01

Ergebnis:

von der Tagesordnung gestrichen

10.5 Annahme einer Spende für die Kita "Zwergenland"**BV-V/08/0249**

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Herr Heil seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme einer Spende in Höhe von 5.000,00 € von Dr. Christian Lemmerhirt, Bornholmer Weg 26, 17493 Greifswald für die Kindertagesstätte „Zwergenland“.
Die Geldspende ist für den Erwerb von zwei Fußballtoren im Außenbereich zweckgebunden.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
39	0	0

10.6 Wirtschaftsplan 2026 Hanse-Kinder**BV-V/08/0247**

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Hanse-Kinder für das Geschäftsjahr 2026.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
40	0	0

Anlage 1 Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2026 öffentlich

Anlage 2 Wirtschaftsplan 2026 öffentlich

**10.7 Wirtschaftsplan 2026 des Eigenbetriebes
Seesportzentrum GREIF**

BV-V/08/0256

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Dr. Kerath bringt den Änderungsantrag „*Änderungsantrag zu: Wirtschaftsplan 2026 des Eigenbetriebes Seesportzentrum GREIF Antrag zur Vorlage BV-V/08/0256*“ (BV-V/08/0256-01) der Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke ein.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über
. den Änderungsantrag „*Änderungsantrag zu: Wirtschaftsplan 2026 des Eigenbetriebes Seesportzentrum GREIF Antrag zur Vorlage BV-V/08/0256*“ (BV-V/08/0256-01) der Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke abstimmen.
. die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung über die geänderte Beschlussvorlage hat Herr Bauer seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den anliegenden Wirtschaftsplan 2026 des Eigenbetriebes Seesportzentrum GREIF (SZG), bestehend aus Vorbericht, Zusammenstellung, Erfolgsplan, Finanzplan, Investitionsübersicht und Stellenübersicht ¹-, *unter der Maßgabe der Einbeziehung des Beschlusses BV-V/08/226-08 in den bezeichneten Wirtschaftsplan.*

¹ Änderungsantrag der Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
29	6	4

Anlage 1 Vorbericht_WP_2026_SZG öffentlich

**10.7.1 Änderungsantrag zu: Wirtschaftsplan 2026 des
Eigenbetriebes Seesportzentrum GREIF
Antrag zur Vorlage BV-V/08/0256**

BV-V/08/0256-01

behandelt unter TOP 10.7

Beschluss:

Die Bürgerschaft der UHWG beschließt den anliegenden Wirtschaftsplan 2026 des Eigenbetriebes Seesportzentrum GREIF (SZG), bestehend aus Vorbericht, Zusammenstellung, Erfolgsplan, Finanzplan, Investitionsbericht und Stellenübersicht-, **unter**

der Maßgabe der Einbeziehung des Beschlusses BV-V/08/226-08 in den bezeichneten Wirtschaftsplan.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
27	9	4

**10.8 Abberufung Betriebsleitung Eigenbetrieb
Seesportzentrum GREIF (SZG)**

BV-V/08/0264

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beruft Herrn Friedrich Fichte mit Ablauf des 31.03.2026 als Betriebsleiter des Eigenbetriebes Seesportzentrum GREIF (SZG) ab.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
40	0	0

**10.9 Bestellung einer Betriebsleitung für den Eigenbetrieb
Seesportzentrum GREIF**

BV-V/08/0268

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Oberbürgermeister

. teilt mit, dass die Beschlussvorlage zurückgezogen werde, da kein Kandidat mehr zur Verfügung stehe. Der vom Hauptausschuss befürwortete Bewerber habe abgesagt. Daher werde die Stadtverwaltung die Stelle neu ausschreiben.

Ergebnis:

zurückgezogen

**10.10 Abrechnung der Zuwendung an die SPD-Fraktion für die
erste Abrechnungsperiode des Haushaltsjahres 2024**

BV-V/08/0259-02

(Wahlperiode 2019-2024)

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Dr. Kerath, Frau Dr. Wölk, Herr Barsch und Herr von Malottki erklären sich gem. § 24 KV M-V vom Mitwirkungsverbot betroffen und begeben sich in den Zuschauerbereich.

Herr Heil bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Al-Khour

. ist der Meinung, dass es bei dieser Angelegenheit um die Glaubwürdigkeit und die Integrität sowie die Frage gehe, ob die Bürgerschaft die Ansprüche selbst erfülle, die sie auch anderen stelle. Die Bürgerschaft stehe im Dienst der Bevölkerung, welche Transparenz, Verantwortungsbewusstsein und Respekt vor Regeln erwarte.

. appelliert an die Mitglieder der Bürgerschaft, die Unzulässigkeit der Zahlung anzuerkennen und den Weg der Klage zu gehen, um das Vertrauen in die Demokratie zu stärken.

Herr König

. werde sich aufgrund der fehlenden Transparenz bei der Abstimmung enthalten.

. rät den Beteiligten, die Angelegenheit über eine Schiedsperson lösen zu lassen statt durch das Gericht.

Herr Kramer

. hält die Transparenz für gegeben.

. verstehe nicht, weshalb die ehemalige Fraktion das Geld nicht zurückgezahlt habe. Solange keine Einzahlung erfolgt sei, müsse an dieser Beschlussvorlage festgehalten werden und gegebenenfalls der Klageweg bestritten werden.

Herr Heil

. weist aufgrund des Redebeitrags von Herrn König eingehend darauf hin, dass der Rechnungsprüfungsausschuss nichtöffentlich tage und es somit schwierig sei, alle Details mit der Öffentlichkeit zu teilen. Allerdings seien alle Fraktionen in diesem Ausschuss vertreten. Ein Schiedsverfahren sei für solche Fälle nicht vorgesehen.

Der Oberbürgermeister

. verdeutlicht, dass im ersten Schritt die Bürgerschaft entscheiden müsse, ob sie sich dem Votum des Rechnungsprüfungsausschusses, des Rechnungsprüfungsamtes und der Verwaltung anschließe und zustimme, dass die Gelder unrechtmäßig verausgabt worden seien. Im zweiten Schritt müsse entschieden werden, ob die Stadt, im Falle einer Nichtzahlung das Geld auf dem Klageweg einhole. Diese Entscheidung könne unterschiedliche Motivationen haben. Die Kosten-Nutzen-Frage aber auch eine Aussicht auf eine rechtssichere Klärung sollten in die Überlegungen einbezogen werden.

Frau Damm

. berichtet, dass sich die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses einig gewesen seien, dass 3 Monate vor der Wahl keine finanziellen Ausgaben für Social Media ausgegeben werden sollten. Andererseits sei deutlich gemacht worden, dass es keinen Rechtsanspruch gegen alte Fraktionen gebe. Somit gebe es bei einer Klage keinen Klagegegner.

Herr Ziola

. ist der Meinung, dass die finanziellen Mittel allein aus moralischen Gründen zurückzuzahlen seien.

. appelliert an die Fraktion, die Gelder ohne Gerichtsprozess zurückzuzahlen.

Herr Heil

. fragt, gegen wen die Klage gerichtet werde – die Fraktion oder die vertretende Person.

Herr Dr. Fassbinder

. antwortet, dass die Frage nach dem Rechtsnachfolger strittig sei. Auf der Ebene des Landes werde derzeit versucht, eine Lösung zu finden.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt

. einzeln über die Punkte des Änderungsantrages „*Änderungsantrag zu: Abrechnung der Zuwendung an die SPD-Fraktion für die erste Abrechnungsperiode des Haushaltsjahres 2024 (Wahlperiode 2019-2024) Antrag zu BV-V/08/0259*“ (BV-V/08/0259-01) abstimmen.
. über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung über Punkt 2 des Änderungsantrages hat Herr Moscinski seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

1. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald nimmt den Bericht über die Prüfung der Abrechnung der Zuwendung an die SPD-Fraktion (Wahlperiode 2019-2024) für die erste Abrechnungsperiode des Geschäftsjahres vom 01.01.-30.06.2024 zur Kenntnis. Sie erklärt die Verwendung von Zuwendungen aus Haushaltsmitteln durch die SPD-Fraktion (Wahlperiode 2019-2024) in dieser Abrechnungsperiode in Höhe von 1.320,00 EUR als nicht zulässig.
2. ¹Für den Fall, dass Nr. 1 mehrheitlich beschlossen wurde, wird der Oberbürgermeister nach erfolgloser Rückzahlungsaufforderung aufgefordert, als letztes Mittel den Klageweg zu beschreiten.

¹ Änderungsantrag der Verwaltung

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	2	6

10.10.1 Änderungsantrag zu: Abrechnung der Zuwendung an die SPD-Fraktion für die erste Abrechnungsperiode des Haushaltsjahres 2024 (Wahlperiode 2019-2024) Antrag zu BV-V/08/0259

BV-V/08/0259-01

behandelt unter TOP 10.10

Beschluss:

1. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald nimmt den Bericht über die Prüfung der Abrechnung der Zuwendung an die SPD-Fraktion (Wahlperiode 2019-2024) für die erste Abrechnungsperiode des Geschäftsjahres vom 01.01.-30.06.2024 zur Kenntnis. Sie erklärt die Verwendung von Zuwendungen aus Haushaltsmitteln durch die SPD-Fraktion (Wahlperiode 2019-2024) in dieser Abrechnungsperiode in Höhe von 1.320,00 EUR als nicht zulässig.

2. Für den Fall, dass Nr. 1 mehrheitlich beschlossen wurde, wird der Oberbürgermeister nach erfolgloser Rückzahlungsaufforderung aufgefordert,
 - a. als letztes Mittel den Klageweg zu beschreiten,
 - b. auf den Klageweg zu verzichten.

Ergebnis:

Punkt 1

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
32	0	4

Punkt 2

a.	b.	Enthaltungen
25	9	1

**10.11 Wahl zum stellvertretenden Gemeindevahlleiter der
Universitäts- und Hansestadt Greifswald**

BV-V/08/0265

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Gemäß § 9 Abs. 3 des Gesetzes über Wahlen im Land Mecklenburg-Vorpommern (LKWG M-V) vom 16.12.2010 (GVOBl. M-V 2010, S. 690), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 14.05.2024 (GVOBl. M-V S. 154, 183) wählt die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald Herrn Bastian König zum stellvertretenden Gemeindevahlleiter. Gleichzeitig scheidet Frau Juliane Kruse als stellvertretende Gemeindevahlleiterin gemäß § 9 Abs. 4 LKWG M-V aus ihrem Amt aus.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
40	0	0

**10.12 Prüfbericht und Prüfvermerk des Jahresabschlusses
2023 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald**

BV-V/08/0252-01

Es erfolgt eine gemeinsame Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 10.12 und 10.13.

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Tagesordnungspunkte auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Rechnungsprüfungsausschuss legt der Bürgerschaft den abschließenden Prüfvermerk als Grundlage für die Beschlussfassung zur Feststellung des Jahresabschlusses 2023 vor.

1. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald nimmt den Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2023 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald des Rechnungsprüfungsamtes zur Kenntnis und macht sich diesen zu eigen.
2. Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister, die Beanstandungen aus der Prüfung des Jahresabschlusses 2023 zeitnah auszuräumen.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
40	0	0

Anlage 1 Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes JA 2023 KHH öffentlich

Anlage 2 Prüfvermerk des Rechnungsprüfungsamtes JA 2023 KHH öffentlich

Anlage 3 Prüfvermerk des Rechnungsprüfungsausschusses JA 2023 KHH öffentlich

**10.13 Jahresabschluss 2023 der Universitäts- und Hansestadt
 Greifswald**

BV-V/08/0250

behandelt unter TOP 10.12

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt einzeln über die Punkte der Beschlussvorlage abstimmen.

Bei den Abstimmungen zu Punkt 1 und 2 hat Herr König seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt

1. gemäß § 60 Abs. 5 Satz 1 KV M-V den geprüften Jahresabschluss der Stadt für das Haushaltsjahr 2023 festzustellen.
2. gemäß § 60 Abs. 5 Satz 2 KV M-V dem Oberbürgermeister die Entlastung für das

Haushaltsjahr 2023 zu erteilen.

Ergebnis:

	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Punkt 1	35	0	4
Punkt 2	34	0	5

Anlage 1 Jahresabschluss 2023 öffentlich

**10.14 34. Änderung des Flächennutzungsplans der
Universitäts- und Hansestadt Greifswald,
Aufstellungsbeschluss**

BV-V/08/0237

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Herr König seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den
Aufstellungsbeschluss zur 34. Änderung des Flächennutzungsplans wie folgt:

1. Für das nördlich des Stadtzentrums gelegene Gebiet in der Steinbeckervorstadt (Abgrenzung gemäß Plan der Anlage 1) soll der Flächennutzungsplan (FNP) gem. § 2 Absatz 1 i.V.m. § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) geändert werden, um dem Entwicklungsgebot gemäß § 8 Absatz 2 BauGB zu entsprechen. Die 34. Änderung des FNP soll im Parallelverfahren zu den Bebauungsplänen Nr. 3 - Stralsunder Straße - und Nr. 105 - Steinbeckervorstadt - erfolgen. Ziel ist es, die bisherigen Darstellungen des Flächennutzungsplans (siehe Anlage 2) zu ändern und gemischte Bauflächen, Wohnbauflächen, Sonderbauflächen insbesondere mit den Zweckbestimmungen Kultur / Freizeit und Parken sowie Grün-, Wasser- und Verkehrsflächen darzustellen.
2. Die Öffentlichkeit ist gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 BauGB frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung zu unterrichten.
3. Der Beschluss ist gemäß § 2 Absatz 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
39	0	0

Anlage 1 Abgrenzung des Änderungsbereiches der 34. Änderung des
Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
(Plangrundlage: Stadtgrundkarte) öffentlich

Anlage 2 Planauszug des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald mit Abgrenzung des Änderungsbereiches der 34. Änderung öffentlich

10.15 Überplanmäßige Ausgabe Seehafen Ladebow

BV-V/08/0253-01

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Horn erklärt sich vom Mitwirkungsverbot betroffen und begibt sich in den Zuschauerbereich.

Herr Prof. Dr. Münzenberg

. hält den Aufschwung in Ladebow wichtig für das regionale maritime Gewerbe. Durch die neuen Aspekte des Lifts ergäben sich neue Möglichkeiten. Zudem bestehe eine Aussicht auf weitere Zuschüsse.

. befürwortet das Projekt.

Herr Heil

. findet, dass diese Ausgaben, trotz angespannter Haushaltslage, wichtig für Greifswald seien. Es solle auch weiterhin auf einen Seehafen gesetzt werden.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung haben Herr Kramer und Herr Al-Khouri ihre Stimme nicht abgegeben.

Frau Prof. Dr. Tolani übergibt die Sitzungsleitung an Herrn Dr. Kerath.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 1.703.870 € zur Herstellung einer neuen Spundwand (Ersatzneubau) als Kaikante im Seehafen Ladebow und die Herstellung einer technischen Anlage als Voraussetzung der Nutzung einer Travel Lift Anlage.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	8	1

Anlage 1 01_Lageplan_Hafen Ladebow_mit Travellift_03.07.2025 öffentlich

Anlage 2 02_Zufahrt_Travellift öffentlich

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Gabel bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr von Malottki

. berichtet, dass sich die AG „Bezahlbarer Wohnraum“ mit dieser Thematik befasst habe, da diese Steuer Grundstücksspekulationen entgegenwirke. Sie werde für bezahlbaren Wohnraum eingesetzt und mobilisiere Bauland.

. befürwortet, dass der Nutzen dieser Steuer konkret für Greifswald geprüft werde.

Herr Al-Khoury

. teilt aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen mit, dass sich die Mitglieder mehrheitlich gegen diese Beschlussvorlage ausgesprochen hätten.

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Herr Dr. Kerath übergibt die Sitzungsleitung an Frau Prof. Dr. Tolani.

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Einführung der Grundsteuer C zu prüfen und den Bürgerschaftsgremien einen entsprechenden Beschlussvorschlag vorzulegen.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
19	20	1

Es erfolgt eine gemeinsame Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 10.17 bis TOP 10.18.

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Tagesordnungspunkte auf.

Herr Rappen bringt die Beschlussvorlage „*Greifswalder Klimaschutzziele realistisch anpassen*“ der CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald ein (BV-P-ö/08/0185).

Herr König bringt den Änderungsantrag „*Änderungsantrag zu: Greifswalder Klimaschutzziele realistisch anpassen Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0185*“ der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke (BV-P-ö/08/0185-02) ein.

Herr Dr. Valentin bringt die Beschlussvorlage „*Aufhebung verbindlicher und zielgerichteter Klimaneutralitätsvorgaben*“ (BV-P-ö/08/0194) der AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft ein.

Frau Dr. Wölk

. betont, dass die Bürgerschaft 2022 beschlossen habe, anzustreben, die Klimaneutralität bis 2035 zu erreichen. Das bedeute, bis dahin werde alles unternommen, um das gesetzte Ziel zu erreichen.

. befürchtet, dass durch die Beschlussvorlagen der CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald und der AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft Stück für Stück Abschied von den Klimazielen genommen werde. Die ambitionierten Zielstellungen hätten dazu geführt, dass sich die Stadtverwaltung früh und intensiv mit Thematik beschäftigt habe, wie die Klimaschutzziele möglichst erreicht werden könnten.

Die Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke spreche sich für die konkrete Untersetzung der Klimaschutzziele in den besonders wichtigen Bereichen Verkehr, Wärme und Landnutzung aus.

Die Beschlussvorlage der AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft lehne die Fraktion ab.

Herr Liedtke

. sagt, dass die Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratische Konservative die Beschlussvorlage der CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald unterstütze.

. hält die damals beschlossene Zielstellung für unrealistisch. Für die Umsetzung fehlen materielle Sicherstellungen, Arbeitskräfte sowie ein finanzieller Rahmen. Selbst für die Erreichung der Klimaziele in 2045 müssten deutlich mehr Anstrengungen unternommen werden. Allerdings fehlen dafür die entsprechenden Voraussetzungen.

Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald werde auf die Unterstützung des Landes und des Bundes angewiesen sein.

Herr Prof. Dr. Markus Münzenberg

. macht auf die bisherigen Fortschritte aufmerksam und betont, dass sich eine langfristige Planung auf alle Beteiligten positiv auswirke.

Herr Dr. Valentin

. schlägt im Zuge einer vernünftigen Planung vor, die gesetzlichen Vorgaben festzustellen und anschließend die Wirtschaftlichkeit sowie die Sozialverträglichkeit der Klimaziele zu betrachten.

Herr Herbst

. präferiert die ambitionierten Zielsetzungen. Es sei besser, wenn man 2035 rückblickend feststellen könne, dass viele Themen vorangebracht worden seien – auch wenn nicht alle Ziele umgesetzt werden konnten. Der Klimawandel betreffe alle. Greifswald sei bei Extremwetterlagen zusätzlich durch die Lage am Wasser betroffen.

Es sei ein schlechtes Signal, wenn sich die Bürgerschaft gegen die frühere Zielsetzung ausspreche.

. bedankt sich bei den Initiativen, Verbänden und Mitarbeitenden der Verwaltung, die sich in der Vergangenheit bereits für den Klimaschutz stark gemacht hätten.

Herr König

. erinnert an die Demonstrationen vieler Menschen für mehr Klimaschutz. Klimaschutz sei auch heute noch wichtig, jedoch seien mittlerweile andere Themen in den Fokus gerückt.

. fragt, weshalb die Planung gemäß dem Beschluss „*Greifswald Klimaneutral 2035*“ (BV-V/07/0565-01) nicht angepasst worden sei.

. stellt hinsichtlich der unbekanntenen, materiellen Voraussetzungen fest, dass diese nicht bestimmbar seien, da insbesondere im Energiebereich schnelle und kurzfristige Fortschritte in Bezug auf Technologien geschaffen werden.

Herr Burmeister

. macht an einem anderen Beispiel deutlich, dass realistische Anpassungen auch in anderen Bereichen vorgenommen werden.

. schätzt es als unrealistisch ein, bis 2035 beispielsweise alle Gebäude mit entsprechenden

Stromleitungen für Wärmepumpen oder Fernwärmeleitungen zu versorgen. Rückblickend betrachtet, seien auch wenig Fortschritte festzustellen. Zum Beispiel seien öffentliche Ladesäulen für Elektroautos rar oder Moorrenaturierungen fänden nahezu nicht statt. Durch die Frage der Kosten und deren Bezahlung werde vor vielen Projekten zurückgeschreckt.

Der Oberbürgermeister

- . widerspricht der Aussage von Herrn Burmeister, dass in den vergangenen Jahren keine Fortschritte erreicht worden seien.
- . nennt beispielsweise einige Punkte, an denen Ladesäulen errichtet worden seien. Allerdings müsse die Anzahl weiterhin erhöht werden. Das Verkehrskonzept habe nicht umgesetzt werden können, da die Bürgerschaft dieses abgelehnt habe. Für die Renaturierung der Moore fehlen die finanziellen Mittel, die durch das Land gestrichen worden seien.
- Die Stadt habe in den letzten Jahren hinsichtlich des Klimaschutzes vieles erreicht und müsse auch noch viel erreichen. Entscheidend seien die Fortschritte. Allerdings habe die Stadt auch nicht die Entscheidungsgewalt über alle Punkte.
- . macht darauf aufmerksam, dass die Kosten zunehmend steigen, je länger mit der Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen gewartet werde.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über

- . die Beschlussvorlage „*Aufhebung verbindlicher und zielgerichteter Klimaneutralitätsvorgaben*“ (BV-P-ö/08/0194) der AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft abstimmen.
- . den Änderungsantrag „*Änderungsantrag zu: Greifswalder Klimaschutzziele realistisch anpassen Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0185*“ der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke (BV-P-ö/08/0185-02) abstimmen.
- . die Beschlussvorlage „*Greifswalder Klimaschutzziele realistisch anpassen*“ der CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald ein (BV-P-ö/08/0185) abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft ändert ihren Beschluss BV-V/07/0565-01 „Greifswald Klimaneutral 2035“ vom 27.06.2022 dahingehend ab, dass Greifswald nunmehr anstrebt ab 2045 klimaneutral zu sein. Dies betrifft ausdrücklich auch die kommunale Wärmeplanung. Bestehende Konzepte sind gegebenenfalls auf das Ziel der Klimaneutralität 2045 anzupassen.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
22	18	0

10.17.1 Änderungsantrag zu: Greifswalder Klimaschutzziele realistisch anpassen

BV-P-ö/08/0185-02

Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0185

behandelt unter TOP 10.17

Beschluss:

Die Bürgerschaft ändert ihren Beschluss BV-V/07/0565-01 „Greifswald Klimaneutral 2035“

vom 27.06.2022 dahingehend ab, dass Greifswald nunmehr anstrebt **Klimaziele spezifisch nach geeigneten und durch die Stadt real beeinflussbaren Sektoren (z.B. Wärme, Verkehr, Landnutzung) zu erreichen.**

Die Ziele sollen hierbei beispielsweise als Tonnen CO₂-Äquivalent in 5-Jahres-Abschnitten definiert werden. CO₂-Senken können dabei ausgleichend berücksichtigt werden.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
18	22	0

10.18 Aufhebung verbindlicher und zielgerichteter Klimaneutralitätsvorgaben

BV-P-ö/08/0194

behandelt unter TOP 10.17

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Der Beschluss der Bürgerschaft vom 27. Juni 2022 (BV-V/07/0565-01) „Greifswald Klimaneutral 2035“ wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.
2. Die laufende kommunale Wärmeplanung wird fortgeführt. Ziel und Zweck der Wärmeplanung ist ausschließlich die Gewährleistung einer sicheren, bezahlbaren und möglichst versorgungssicheren Wärmeversorgung der Bevölkerung und Wirtschaft. Jegliche darüber hinausgehende Zielsetzung im Sinne einer übergeordneten Klimaneutralitätsstrategie entfällt.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
11	27	2

10.19 Flankierende Maßnahmen zur Kommunalen Wärmeplanung

BV-P-ö/08/0193-02

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Huhn verlässt die Sitzung.

Herr Prof. Dr. Münzenberg bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Kramer verlässt die Sitzung.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beschließt, dass die kommunale Wärmeplanung mit folgenden Maßnahmen flankiert werden soll:

1. Ambitioniertes Vorgehen

Die in der kommunalen Wärmeplanung vorgesehenen Ausbauziele werden etabliert. Bei der weiteren Konkretisierung der Planung ist konsequent an ambitionierten und größtmöglichen Ausbauzielen für eine klimaneutrale Wärmeversorgung festzuhalten.

2. Klimaneutralität als Gesamtbilanz betrachten

Das Ziel „Greifswald klimaneutral“ wird regelmäßig überprüft und fortgeschrieben. Dabei sind die Szenarien in einer Gesamtbilanz aller relevanten Bereiche zu bewerten und bei Bedarf anzupassen. Dies umfasst neben der Wärmeversorgung auch weitere Emissionsquellen sowie CO₂-Senken und Ausgleichsmaßnahmen, unter anderem in den Bereichen Verkehr, Forst und Moore.

3. Wirtschaftsförderung und Infrastrukturaufbau

Die Stadt Greifswald entwickelt eine langfristige und detaillierte Planung zum Umbau der Wärmeversorgung. Diese soll lokalen Unternehmen ermöglichen, ihre Personalplanung und Investitionen frühzeitig auf den Ausbau und Umbau von Wärmenetzen, Hausanschlüssen sowie die Installation von Wärmepumpen und Photovoltaikanlagen auszurichten. Ziel ist es, den notwendigen Kapazitätsaufbau zu unterstützen und gleichzeitig die lokale Wirtschaft zu stärken.

4. Kostentransparenz und Energieberatung

Die Kostenentwicklung der unterschiedlichen Wärmeversorgungsoptionen ist transparent darzustellen und auf einer Betrachtungsgrundlage von mindestens 15 Jahren in die Szenarien der kommunalen Wärmeplanung einzubeziehen. Dies kann durch ein Webinterface realisiert werden.

Die Darstellung soll als nachvollziehbare Entscheidungshilfe für Bürger*innen dienen und durch eine qualifizierte, unabhängige Energieberatung ergänzt werden.

5. Prognose der gesellschaftlichen Gesamtkosten

Bei der Wärmeplanung sind neben den unmittelbaren Kosten auch die gesamtgesellschaftlichen Kosten zu berücksichtigen. Dazu zählen insbesondere langfristige Kosten infolge des Klimawandels, etwa für Hochwasserschutz und Klimaanpassungsmaßnahmen, die bis zum Jahr 2100 zu erwarten sind.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
16	18	4

10.20 Öltanker "Eventin" vor Rügen: Gefahr für Fischerei und Tourismus!

BV-P-ö/08/0191-01

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Prof. Dr. Münzenberg bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Barsch

. sagt, dass die Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke das Anliegen nachvollziehbar finde. Die Havarie des Tankers hätte sowohl für die Ostsee als für die Wirtschaftskreisläufe der Region massive Folgen. Dennoch werde sich die Fraktion enthalten, da sie den Adressatenkreis des Briefes für nicht korrekt halte. Es erzeuge bei der Bevölkerung einen falschen Eindruck, wenn Landesbehörden angeschrieben werden, die keine rechtlichen oder tatsächlichen Eingriffsmöglichkeiten hätten.

Herr Dr. Kerath

. tätigt einige Klarstellungen hinsichtlich der Aussagen in der Sachdarstellung der Vorlage und macht deutlich, dass der Tanker auf unabsehbare Zeit dort liegen bleiben werde.

Herr Prof. Dr. Münzenberg

. erklärt, dass die angeschriebenen Behörden in der Anlage entfernt werden könnten. Der Zweck des Appells bestehe darin, alle Sinne der politisch Verantwortlichen zu schärfen, schnellstmöglich zu handeln.

Auf Nachfrage der **Präsidentin der Bürgerschaft** teilt **Herr Prof. Dr. Münzenberg** mit, dass die Anlage unverändert bestehen bleibe.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt, dass eine Stellungnahme der Bürgerschaft zur untragbaren Situation des vor Rügen festgesetzten Öltankers "Eventin" verabschiedet wird. Denn dieser stellt eine große Gefahr für Ökologie, Fischerei und Tourismus im Greifswalder Bodden, der Küste von Rügen, Usedom und Hiddensee dar.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
15	10	13

Anlage 1 Appell an die Verantwortlichen: Sofortiges Handeln zum Schutz unserer Küsten und Umwelt vor dem Öltanker „Eventin“ öffentlich

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Hochschild bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr König

. stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Beschlussvorlage in die Fachausschüsse zu verweisen.

Es gibt keine Gegenrede.

Herr Barsch

. stellt den Geschäftsordnungsantrag, den TOP 10.30 „Nachtragssatzung zum Doppelhaushalt 2025/2026 zur Haushaltssatzung 2026“ (BV-V/08/0257-02) vorzuziehen.

Der Oberbürgermeister

. begrüßt diesen Vorschlag und betont, die Wichtigkeit der Behandlung dieser Thematik in dieser Sitzung.

Es gibt keine Gegenrede.

Die Sitzung wird mit dem Tagesordnungspunkt 10.30 fortgesetzt.

Ergebnis:

in die Fachausschüsse verwiesen

10.22 Prüfauftrag zur besseren Nutzung bestehender Gebäude und Flächen sowie für Neubauvorhaben im Wohnungsbau

BV-P-ö/08/0186-01

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Hochschild bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr von Malotki

. stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Beschlussvorlage in die Fachausschüsse zurückzuverweisen.

Es gibt eine formelle Gegenrede.

Herr Lerm

. informiert, dass die Verwaltung daran arbeite, die Leitlinien hinsichtlich des sogenannten „Bauturbos“ für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald zu erstellen.
. weist darauf hin, dass es für die Verwaltung nicht möglich sei, innerhalb von 6 Monaten für das gesamte Stadtgebiet zu prüfen, welche Wohnbebauung mit dem Bauturbo ermöglicht werden könne.
. bittet zunächst, die Einführung der Leitlinien vornehmen zu können.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückverweisung der Beschlussvorlage in die Fachausschüsse abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
23	13	2

Ergebnis:

in die Fachausschüsse zurückverwiesen

10.23 Bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende im Zusammenhang mit dem Neubau des Regionalen Beruflichen Bildungszentrums (RBB)

BV-P-ö/08/0190-03

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Tieding bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Prof. Dr. von Podewils bringt den Änderungsantrag „*Änderungsantrag zu: Bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende im Zusammenhang mit dem Neubau des Regionalen Beruflichen Bildungszentrums (RBB) Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0190*“ (BV-P-ö/08/0190-02) der CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald ein.

Herr von Malotki

. berichtet aus der Sitzung der AG „Bezahlbarer Wohnraum“ und teilt mit, dass diese einstimmig eine Beschlussfassung der Vorlage, aber auch die Annahme des Änderungsantrages, befürworte.

Die AG biete zudem ihre Unterstützung als Kommunikator an.

. informiert, dass die Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke den Änderungsantrag der CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald übernehme.

Herr Hochschild

. teilt mit, dass die Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratische Konservative der Beschlussvorlage selbstverständlich zustimmen werde.

. kritisiert, dass die Umsetzung zu viel Zeit in Anspruch nehme.

. vermutet die Ursache dieser zeitlichen Verzögerung in den Förderrichtlinien.

. sieht in dem Änderungsantrag der CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald eine Verwässerung des eigentlichen Anliegens. Ursprünglich gehe es um die Auszubildenden und die duale Ausbildung. Für die anderen Personengruppen gebe es bereits Hilfsangebote, wie das Studentenwerk oder das Alfred Krupp Wissenschaftskolleg Greifswald.

Herr Dr. Valentin

. fragt nach den diesbezüglich geplanten Vorhaben der Verwaltung.

Herr Lerm

. verdeutlicht, dass die Umsetzung erst zu gegebener Zeit erfolgen könne. Dennoch werde sich die Verwaltung selbstverständlich an der Entwicklung beteiligen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten folgende Punkte zum Wohnraum für Auszubildende auf dem Gebiet der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zu prüfen:

(1) Ob und in welcher Form im Zuge des Neubaus des Regionalen Beruflichen Bildungszentrums durch den Landkreis Vorpommern-Greifswald sowie der geplanten Erweiterung der Ausbildungsbereiche zusätzlicher, bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende in Greifswald geschaffen oder vermittelt werden kann.

(2) Welche Kooperationsmöglichkeiten mit Ausbildungsbetrieben durch Wohnungsunternehmen (insbesondere kommunalen, genossenschaftlichen und privaten) sowie Bildungseinrichtungen bestehen, um Wohnraum gezielt für Auszubildende

bereitzustellen (z. B. Kontingentvereinbarungen, Belegungsrechte, zweckgebundene Nutzung oder befristete Wohnmodelle).

(3) Welchen Beitrag bestehende Beherbergungs- und Übergangswohnangebote (z. B. Hotels, Boardinghäuser, Wohnheime, Jugendwohnen) zur kurz- und mittelfristigen Unterbringung von Auszubildenden leisten können und ob hierfür geeignete Kooperations- oder Rahmenvereinbarungen (z. B. Kontingente, Sonderkonditionen) getroffen werden können.

(4) Welcher aktuelle und perspektivische Bedarf an Wohnraum für Auszubildende in Greifswald besteht, insbesondere wie viele Auszubildende derzeit einen Wohnraumbedarf in der UHGW haben und wie sich dieser Bedarf voraussichtlich nach Fertigstellung und Inbetriebnahme des neuen Regionalen Beruflichen Bildungszentrums entwickeln wird. Hierzu soll eine strukturierte Abfrage bei den Ausbildungsbetrieben in der UHGW durchgeführt werden, um den konkreten Bedarf an Wohnraum für deren Auszubildende zu ermitteln (z. B. Anzahl der Auszubildenden mit auswärtigem Wohnsitz, erwartete Kohorten in den kommenden Jahren, Bedarf an kurzzeitigen Unterkünften für Blockunterricht und Anteil der Auszubildenden, welche Berufsausbildungsbeihilfe erhalten).

¹(5) Ergänzend zu Auszubildenden in einer beruflichen Ausbildung sind die beschriebenen Maßnahmen gleichfalls für Personen zu prüfen, die im Rahmen anderer Formen der Ausbildung (ausgenommen Vollzeitstudenten) nach Greifswald kommen. Dies beinhaltet u. a. Praktikanten, Famulanten, Gaststudenten und andere Personengruppen, auch an der Universitätsmedizin bzw. Universität, den außeruniversitären Forschungsinstituten oder vergleichbaren Einrichtungen.

Die Ergebnisse der Prüfung sind der Bürgerschaft in einer schriftlichen Vorlage darzustellen und – soweit möglich – mit konkreten Handlungsvorschlägen und Prioritäten (inklusive möglicher Kooperationspartner, Förderprogramme und zeitlicher Umsetzungsschritte) zu untersetzen.

¹ Änderungsantrag der CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald vom Einbringer übernommen

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
37	0	1

10.23.1 Änderungsantrag zu: Bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende im Zusammenhang mit dem Neubau des Regionalen Beruflichen Bildungszentrums (RBB)

BV-P-ö/08/0190-02

Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0190

behandelt unter TOP 10.23

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird um folgenden Punkt (5) ergänzt:

“Ergänzend zu Auszubildenden in einer beruflichen Ausbildung sind die beschriebenen

Maßnahmen gleichfalls für Personen zu prüfen, die im Rahmen anderer Formen der Ausbildung (ausgenommen Vollzeitstudenten) nach Greifswald kommen. Dies beinhaltet u.a. Praktikanten, Famulanten, Gaststudenten und andere Personengruppen, auch an der Universitätsmedizin bzw. Universität, den außeruniversitären Forschungsinstituten oder vergleichbaren Einrichtungen.“

Ergebnis:

vom Einbringer übernommen

10.24 Bezahlkarte für Bürgerschaftsmitglieder - Schluss mit der Zweckentfremdung von Aufwandsentschädigungen **BV-P-ö/08/0188-01**

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Siewert bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Winter

. teilt mit, dass die Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratische Konservative die Beschlussvorlage ablehnen werde.

Frau Hübner

. betont die Wichtigkeit dieses Themas in der Bürgerschaft, um die unterschiedliche Behandlung der Menschen anderer Kultur zu verdeutlichen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beschließt, ab Mai 2026 die Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder für Bürgerschaftsmitglieder und sachkundige Einwohner*innen mittels einer Bezahlkarte auszuführen. Barabhebungen sind dort nur bis zu einem Betrag von 20 Euro monatlich möglich. Die Möglichkeit der elektronischen Bezahlungen in Geschäften und Märkten wird auf das Gebiet der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschränkt. Überweisungen sind einzeln bei der Verwaltung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zu beantragen.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	29	2

10.25 Denkmal zu Ehren von Ernst Moritz Arndt **BV-P-ö/08/0189**

Es erfolgt eine gemeinsame Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 10.25 bis 10.27.

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Tagesordnungspunkte auf.

Herr Weber bringt die Beschlussvorlage „Denkmal zu Ehren von Ernst Moritz Arndt“ (BV-P-

ö/08/0189) der AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft ein.

Herr Rappen bringt die Beschlussvorlage „*Würdiges Gedenken an Ernst Moritz Arndt*“ (BV-P-ö/08/0196) der CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald ein.

Herr Barsch

. zieht die Beschlussvorlage „*Umfassendes und ganzheitliches Gedenken an historische Persönlichkeiten Greifswalds*“ (BV-P-ö/08/0201) der Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke zurück.

. weist darauf hin, dass es auf dem Rubenowplatz bereits eine Statue von Ernst Moritz Arndt gebe.

Herr Dr. Meyer

. macht darauf aufmerksam, dass auch andere Universitäten ihre Namen in der Zeit des Nationalsozialismus erhalten hätten.

. berichtet von seiner Beteiligung an den Abstimmungen über die Namensablegung der Universität.

. ruft dazu auf, sich mit der Person Ernst Moritz Arndt zu beschäftigen.

. spricht sich gegen eine Aufstellung eines Denkmals aus.

. plädiert für die Ablehnung der Beschlussvorlagen der CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald und der AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft.

Der Oberbürgermeister

. befürwortet die Auseinandersetzung mit historischen Personen. Dabei sei kaum eine Person zu finden, die aus heutiger Sicht ausschließlich gute Taten vollbracht habe.

. rät daher, von Personendenkmälern Abstand zu nehmen.

Gemäß § 7 Abs. 2 der Geschäftsordnung endet eine Sitzung der Bürgerschaft um 22:00 Uhr. Die Präsidentin der Bürgerschaft kann eine Verlängerung von 30 Minuten bestimmen. Dem kommt sie nach.

Herr Dr. Valentin

. ist der Meinung, dass sich die Bevölkerung ihre eigene Meinung über das Denkmal bilden könne, sofern es stehe.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage

. „*Denkmal zu Ehren von Ernst Moritz Arndt*“ (BV-P-ö/08/0189) der AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft abstimmen.

. „*Würdiges Gedenken an Ernst Moritz Arndt*“ (BV-P-ö/08/0196) der CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beschließt:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt ein Denkmal zu Ehren von Ernst Moritz Arndt zu errichten.
2. Ziel des Auftrags soll insbesondere die Aufstellung einer Statue Ernst Moritz Arndts in der Arndtstraße auf Höhe des Kreuzungsbereichs mit der Goethestraße sein.
3. Die Finanzierung des Denkmals soll ausschließlich durch Spenden erfolgen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt:
 - a) Ein Spendenkonto bei der Stadt einzurichten oder
 - b) Eine offizielle Zahlungsreferenz anzugeben, auf die Interessierte zweckgebunden spenden können.
5. Die Stadt soll öffentlich über die Möglichkeit der Unterstützung informieren und eine geeignete Anlaufstelle für Rückfragen bereitstellen.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
10	23	5

10.26 Würdiges Gedenken an Ernst Moritz Arndt**BV-P-ö/08/0196**

behandelt unter TOP 10.25

Beschluss:

Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister vorzuschlagen, wo ein Denkmal für Ernst Moritz Arndt im Stadtgebiet errichtet werden kann, um ein würdiges, öffentlichkeitswirksames und dauerhaftes Gedenken an ihn zu gewährleisten. Die entsprechende Vorschlagsliste soll mindestens fünf Standorte beinhalten. Hinsichtlich der Gestaltung des Denkmals und der historischen Einordnung ist eine wissenschaftliche Kommission zu bilden, für welche der Oberbürgermeister ein Mitglied benennen kann und die Bürgerschaft vier. Als Denkmalform ist zuvorderst eine Statue bzw. figürliche Darstellung und danach ein Findling zu berücksichtigen. Weitere Ausgestaltungen eines Denkmals sind nachrangig zu behandeln. Die endgültige Entscheidung obliegt der Bürgerschaft auf Grundlage der Kommissionsempfehlung.

Beschlusskontrolle: Bürgerschaft am 29.06.2026

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
15	21	2

10.27 Umfassendes und ganzheitliches Gedenken an historische Persönlichkeiten Greifswalds**BV-P-ö/08/0201**

behandelt unter TOP 10.25

Ergebnis:

zurückgezogen

10.28 Stopp und erneute Prüfung des Wanderweg-Projekts an der Dänischen Wiek**BV-P-ö/08/0192-01**

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Hochschild bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Weber verlässt die Sitzung.

Herr Prof. Dr. Münzenberg

. informiert, dass die erhöhten Kosten auf den Ausbau des Weges aufgrund der Barrierefreiheit zurückzuführen seien. Der Weg solle den Menschen ermöglichen, die Natur zu erleben und Bildungsmöglichkeiten für Kinder in der Natur zu eröffnen.
. erläutert das Zustandekommen und die Planung des Weges.

Herr Lerm

. macht deutlich, dass es diese Beschlussvorlage nicht benötige, da die Verwaltung mehrere Widerstände der Träger der öffentlichen Belange, Ornithologen und Privatpersonen vernommen und das Vorhaben daher selbst geprüft habe. Daraufhin seien Änderungen vorgenommen worden, sodass es die Badestelle nicht mehr geben werde und auch die Wegeführung eine andere sein werde.
Das Projekt werde zu 90 Prozent gefördert. Das Geld sei an das Projekt gebunden, sodass eine andere Verwendung nicht möglich sei.

Herr Burmeister

. plädiert dafür, der Verwaltung einen Vertrauensvorschuss zu geben, wenn die Verwaltung bereits den Beschlussvorschlag umsetze.

Herr von Malotki

. spricht sich dagegen aus, das Projekt zu stoppen, wenn die Verwaltung bereits daran arbeite. Dies setze das falsche Signal.

Herr Hochschild

. stellt klar, dass das Projekt nicht dauerhaft beendet, sondern lediglich angehalten werden solle, um den Sachverhalt erneut zu prüfen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fordert den Oberbürgermeister auf, die Planungen zum Wanderweg an der Dänischen Wiek einschließlich Badestelle und Begleitinfrastruktur vorläufig zu stoppen und den Sachverhalt erneut umfassend zu prüfen.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
11	18	8

Anlage 1 Stellungnahme der Fachgruppe Ornithologie und Vogelschutz
GreifswaldÖffnen der PDF zu öffentlich

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Siewert

. hält andere Themen in dieser Stadt für dringlicher. Soziale Fragen könnten nicht mit einem Verbotsschild gelöst werden. Eine selbstsichere Kommune weise sich mit Handlungen nach Augenmaß aus.

Herr Barsch

. stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Beschlussvorlage in die Fachausschüsse zu verweisen.

Es gibt keine Gegenrede.

Ergebnis:

in die Fachausschüsse verwiesen

10.30 Nachtragssatzung zum Doppelhaushalt 2025/2026 zur Haushaltssatzung 2026

BV-V/08/0257-02

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Stawinski bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Al-Khouri

. würdigt das positive Ergebnis aus 2025 und bedankt sich ausdrücklich bei der Verwaltung.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Herr Heil seine Stimme nicht abgegeben.

Die Sitzung wird mit dem Tagesordnungspunkt 10.22 fortgesetzt.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universität und Hansestadt Greifswald beschließt die 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026 des Doppelhaushaltes 2025/2026.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
23	7	7

Anlage 1 Nachtragshaushaltssatzung öffentlich

Anlage 2 Ergebnishaushalt 2026 inkl. Veränderungen öffentlich

<u>Anlage 3</u>	Finanzhaushalt 2026 inkl. Veränderungen öffentlich
<u>Anlage 4</u>	Veränderungsliste - lfd. Bereich öffentlich
<u>Anlage 5</u>	Veränderungsliste - inv. Bereich öffentlich
<u>Anlage 6</u>	Zusammenfassung der fin. Änderungen öffentlich
<u>Anlage 7</u>	Nachtragsstellenplan 2026 öffentlich

11 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Hübner

- . kritisiert die Debattenkultur in der Bürgerschaft. Es gehöre sich nicht, andere Menschen in einem Redebeitrag abzuwerten.
- . hätte sich einen Ordnungsruf durch das Präsidium für das entsprechende Mitglied gewünscht.

Herr Burmeister verlässt die Sitzung.

Frau Prof. Dr. Tolani

- . sagt, dass das Präsidium diese Anregung mitnehme.

Herr Barsch

- . greift den Redebeitrag von Frau Hübner auf und erklärt, dass auch seine Fraktion mit Diktaturen verglichen worden sei.
- . kritisiert, dass das Präsidium keinen Ordnungsruf ausgesprochen habe.
- . bittet um eine Prüfung über den Livestream sowie die Ergreifung geeigneter Maßnahmen.

Frau Prof. Dr. Tolani

- . sagt eine Überprüfung zu.

Herr Rappen

- . teilt mit, dass der Oberbürgermeister ein Memorandum zur Trinkwasserversorgung und Gasaufsuchung unterzeichnet habe.
- . bittet um dessen Zurverfügungstellung.
- . spricht die regelmäßige Verunstaltung des Studentensteins auf dem Wall an.
- . bittet die Stadt, zusammen mit der Universität einen Weg zu finden, dass an diesem Ort die Ordnung und Sauberkeit eingehalten werde.

Herr Heil

- . regt an, dass die Präsidentin der Bürgerschaft zusammen mit dem Oberbürgermeister einen Brief an die Rektorin der Universität Greifswald hinsichtlich der Aktuellen Stunde verfasse.

Frau Prof. Dr. Tolani

. sagt, dass das Präsidium diese Anregung mitnehme.

Herr Winter

. kritisiert den Regelbruch, dass Bezahlkarten durch Vereine in Geld umgetauscht werden können.

12 Ende der Sitzung

Die Präsidentin der Bürgerschaft

. informiert, dass im nichtöffentlichen Teil keine Beschlussvorlagen vorgesehen seien.

. fragt, ob jemand ein Anliegen habe, für welches der nichtöffentliche Teil benötigt werde.

Dies ist nicht der Fall. Damit entfällt der nichtöffentliche Teil.

Die Präsidentin der Bürgerschaft beendet die öffentliche Sitzung der Bürgerschaft um 22:31 Uhr.

Protokollführung

Präsidentin der Bürgerschaft

Sarah Wiesenberg

Prof. Dr. Madeleine Tolani